

Pressemitteilung

Qualitätssicherung und -verbesserung geht vor Bildungsministerin Klinkenberg bezieht Stellung: Veränderung des Schuljahresrhythmus hat keine Priorität

In Ostbelgien wird darüber diskutiert, ob man sich dem Schuljahresrhythmus der Französischen Gemeinschaft anschließen sollte oder nicht. Jetzt spricht sich Bildungsministerin Lydia Klinkenberg klar gegen eine Anpassung des Schuljahresrhythmus aus. Ihrer Entscheidung ist eine umfassende Sondierungsphase vorausgegangen. Klinkenberg holte über 70 Stellungnahmen hiesiger Akteure ein, ließ ein chronobiologisches Gutachten erstellen und eine repräsentative Online-Befragung durchführen. Nun ist die Entscheidung gefallen: „In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden wir den Rhythmus des Schuljahres nicht verändern, bevor nicht dringendere Reformen umgesetzt wurden“ verkündet die Ministerin.

Lydia Klinkenberg erläutert: „Mit ihrer Entscheidung, den Rhythmus des Schuljahres anzupassen und auf sieben Wochen Unterricht zwei Wochen Ferien folgen zu lassen, stellte die Französische Gemeinschaft den Rest des Landes vor vollendete Tatsachen – mit weitreichenden Auswirkungen für viele Sektoren. Im Sinne der Schülerinnen und Schüler beschäftigen wir uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft deshalb seit geraumer Zeit im Rahmen der Erstellung der Vision für das Bildungssystem mit der Frage, ob eine Anpassung des Schuljahresrhythmus sinnvoll und umsetzbar ist. Mir war es wichtig, dieses Thema breit und ergebnisoffen zu diskutieren, bevor ich eine Entscheidung treffe, da eine Umstellung weitreichende Folgen in zahlreichen Bereichen hätte.“

Der Sondierungsprozess, bei dem im vergangenen Jahr über 70 Stellungnahmen der Schulnetze und Elternräte, aber auch zahlreicher Verbände und Einrichtungen aus Bereichen wie Jugend, Wirtschaft, Kinderbetreuung, Sport und Freizeit eingeholt wurden, hat kein klares Bild gezeigt. Neben der Sorge vor organisatorischen Herausforderungen bei einer Umstellung des Schuljahresrhythmus teilten viele Akteure mit, den Nutzen der Maßnahme nicht beurteilen zu können. Deshalb hat Ministerin Klinkenberg in diesem Jahr eine wissenschaftliche Analyse durch die

University of Surrey erstellen lassen, an der Forscherinnen aus unterschiedlichen Ländern mitgewirkt haben. Im Bericht stellen die Expertinnen fest, dass es aus chronobiologischer Sicht zwar sinnvoll wäre, Ferienzeiten vom Sommer in den Winter zu verlegen, dass es aber derzeit keinerlei wissenschaftliche Belege für oder gegen den 7/2-Rhythmus der Französischen Gemeinschaft gibt. Sie empfehlen daher, dieses Modell wissenschaftlich begleiten zu lassen. Des Weiteren empfehlen sie ausdrücklich eine ganzheitliche Betrachtung der Schulzeitgestaltung, die sowohl den Jahres- als auch den Tagesrhythmus der Lernenden berücksichtigt.

Anhand der ersten vorliegenden Ergebnisse der zweiten repräsentativen Online-Befragung zur Bildungsvision 2040, an der sich im Oktober dieses Jahres 3944 Personen beteiligt haben, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Meinung der ostbelgischen Bevölkerung zu diesem Thema sehr unterschiedlich ausfallen. In einer ersten repräsentativen Online-Befragung, die 2019 im Rahmen der Diagnosephase zur Erstellung einer Bildungsvision durchgeführt wurde, hatte sich bereits eine Mehrheit gegen eine Veränderung des Schuljahresrhythmus ausgesprochen. Das war jedoch vor der Anpassung des Schuljahresrhythmus in der Französischen Gemeinschaft. Ministerin Klinkenberg erläutert das Ergebnis der Befragung: „Die jüngste Umfrage, die zurzeit noch ausgewertet wird, zeigt, dass die Meinung nach der Umstellung im frankophonen Landesteil sich nur unwesentlich verändert hat und weiterhin sehr gespalten ist: 56 % der Befragten lehnt eine Anpassung des aktuellen Schuljahresrhythmus in Ostbelgien nach wie vor ab. Ein nicht unwesentlicher Teil der Befragten würde eine Veränderung jedoch befürworten. Doch nicht alle, die eine Veränderung befürworten würden, sind unbedingt für den Rhythmus, der jetzt in der Französischen Gemeinschaft existiert.“

Nach Analyse aller vorliegenden Fakten und Informationen hat die Bildungsministerin nun entscheiden, die Schuljahrestaktung nicht prioritär anzugehen, da andere Reformen dringender nötig sind und eine größere Wirkung auf den Lernerfolg der Schüler haben

„Unter Berücksichtigung aller Aspekte komme ich zu dem Schluss, dass eine Veränderung des Schuljahresrhythmus zwar gewisse Vorteile birgt, aus ganzheitlicher Sicht der Mehrwert dieser Maßnahme jedoch vergleichsweise begrenzt ist. Vor allem wenn nicht – wie die Experten sagen – gleichzeitig auch Veränderungen am Tagesrhythmus erfolgen, die nicht weniger aufwendig sind. Wissend, dass wir vor zahlreichen Herausforderungen stehen und wir nicht alles gleichzeitig verändern können, muss Politik Prioritäten setzen. Und ich sehe dringenderen Handlungsbedarf in anderen Bereichen. So ist es in meinen Augen beispielsweise wesentlich dringlicher, die Schulen in der Digitalisierung und im Umgang mit Heterogenität zu unterstützen. Angesichts der kürzlich veröffentlichten PISA-Ergebnisse sollte jedem klar sein, dass wir weiter an der Steigerung der Qualität unserer Bildungsangebote arbeiten und uns mit der Frage beschäftigen müssen, wie es uns gelingt, die Zahl der leistungsstarken Schüler zu

Pressekontakt:

Bastin Rebecca

rebecca.bastin@dgov.be

+32 87 / 596 471

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Kabinet Ministerin Klinkenberg

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

www.lydiaklinkenberg.be

steigern und die der Risikoschüler zu minimieren, um sicherzustellen, dass die Schüler die Kompetenzen erlangen, die sie in der Welt von morgen benötigen.

Wer glaubt, dass alles gleichzeitig möglich ist, verkennt die Realität. Fakt ist auch, dass wir über begrenzte personelle Ressourcen in der Unterrichtsverwaltung verfügen. Die Umstellung des Schuljahresrhythmus ist sehr aufwändig. Wir müssten weitreichende organisatorische und dienstrechtliche Anpassungen vornehmen. Die Umverteilung der Ferien wäre beispielsweise mit erheblichen dienstrechtlichen Auswirkungen auf die Arbeitszeit, auf das Gehalt, auf das finanzielle Dienstalter, auf Urlaubsformen, Ernennungen, Bezeichnungen, BVA-Verträge, die Rekrutierung von Personalmitgliedern und die Berechnung des Krankentagekontingents verbunden. In Zeiten des akuten Lehrermangels sollten die begrenzten Ressourcen im Fachbereich Unterrichtspersonal meiner Meinung nach besser darauf verwendet werden Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs auszuarbeiten.“

Weiter sagt sie: „Natürlich wäre eine Umstellung nicht nur mit Aufwand in der Verwaltung verbunden, sondern zahlreiche Sektoren müssten ebenfalls Vorkehrungen treffen. Nicht zuletzt müssten Betreuungs- und Freizeitangebote geschaffen werden. Die Dachorganisationen in der Betreuungs- und Freizeitgestaltung und die Jugendverbände benannten in ihren Stellungnahmen als Herausforderungen verkürzter Sommerferien eine Verknappung oder Verteuerung von Betreuungsangeboten sowie die Kapazitätsengpässe bei Infrastruktur, Fachkräften, Ehrenamtlichen und Material im Rahmen der Angebotsgestaltung.

Angesichts der Tatsache, dass es in meinen Augen deutlich wichtigere Reformen im Bildungsbereich umzusetzen gilt, kann ich einer so ressourcenintensiven Maßnahme - ich erinnere daran, dass die FG die Umstellung von langer Hand über 10 Jahre geplant hat - nicht den Vorrang geben. Das wäre unverantwortlich. Die Umsetzung der Bildungsvision und mit ihr das Erreichen der Ziele ‚Chancengleichheit für alle Lernenden‘, ‚Förderung von zukunftsorientierten Kompetenzen der Lernenden‘, ‚Stärkung des Wohlbefindens der Lernenden‘ und die ‚Sicherung der hohen Bildungsqualität‘ müssen weiterhin Priorität genießen, damit es uns gelingt, unser Bildungssystem zukunftsfähig zu gestalten. Angesichts der kürzlich veröffentlichten PISA-Ergebnisse sollte klar sein: Wir müssen weiter an der Steigerung der Qualität unserer Bildungsangebote arbeiten und uns mit der Frage beschäftigen, wie es uns gelingt, die Zahl der leistungsstarken Schüler zu steigern und die der Risikoschüler zu minimieren. Alles gleichzeitig funktioniert nicht. Deshalb betrachte ich die Umstellung des Schuljahresrhythmus als eine nachrangige Maßnahme.“